

# Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited

MICHAEL SCHUMANN

## Ausgangsfragestellungen

Die Industriesoziologie der 1950er bis 1970er Jahre befasste sich intensiv mit der Bewusstseinsforschung. Dabei ging es ihr auch um die explizit politische Frage: „Ist innerhalb der Arbeiterschaft eine kapitalismuskritische Haltung zu erkennen?“ – und zwar in der Absicht, näheren Aufschluss über die Legitimationsressourcen der sozialökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu erhalten. Konkret hieß das damals: Was ist von der Arbeiterklasse – und das meinte seinerzeit im Wesentlichen die Industriearbeiterschaft – politisch zu erwarten? Eher ein Mitspielen mit dem vom Kapital in Szene gesetzten Wiederaufbau in Deutschland oder umgekehrt eher Ablehnung und Widerstand? Das waren offene Fragen im politisch-gesellschaftlichen Raum und gerade die Soziologie war herausgefordert, Antworten zu finden. Die Fragen dieses Schwerpunktheftes nach „Gerechtigkeitsansprüchen und Arbeitsbewusstsein“ bestimmten damals ganz wesentlich die Forschungsperspektive.

Helmut Schelsky antwortete mit der für viele beruhigenden „Verbürgerlichungsthese.“<sup>1</sup> Sein Befund war: Der praktizierte Klassenkompromiss, auf den sich die Politik und die Vertreter von Arbeit und Kapital verständigt hatten, d. h. Teilhabe der Beschäftigten am Wirtschaftswachstum, versöhne die Arbeiter grundsätzlich mit dem System, erreiche also die angestrebte sozialstaatliche Domestizierung. Politisch gewendet hieß das: Da bildet sich kein gegen das System bzw. gegen den Staat gerichtetes Klassenbewusstsein heraus. Vielmehr sei ein „nivelliertes Mittelstandsbewusstsein“ bezeichnend, was eine Systemgefährdung überwunden erscheinen ließ.

Heinrich Popitz und Hans Paul Bahrtd<sup>2</sup> sahen das anders. Zwar konnten auch sie kein kämpferisches, gegen das System gerichtetes Klassenbewusstsein feststellen, wohl aber ein explizites „Arbeiterbewusstsein“, bzw. ein durchaus arbeitertypisches Gesellschaftsbild mit einer sozialen

Verortung im „Unten“. Das begründete viel Distanz zur bürgerlichen Gesellschaft, führte aber nicht zu einem expliziten Widerstand gegen das kapitalistische System.

Die erste industriesoziologische Untersuchung von Horst Kern und mir über „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“<sup>3</sup> wollte diese unterschiedlichen Thesen klären. Vom Konzept her hielten wir die Schelsky'sche Integrationsverkündung für angreifbar. Sie überbewertete die materiellen Lohn-Besserstellungstendenzen und idealisierte damit das Bild einer „sozialen Marktwirtschaft“. Sie übersah dabei aber, dass in den Unternehmen die Herrschaftsausübung ganz ungebrochen fortexistierte. Sie ließ also die nach wie vor bestehende große Machtasymmetrie außer Acht und auch den Tatbestand, dass dort das Demokratiepостulat mit substantiellen Mitsprache- und Kontrollrechten nicht gilt. Aus der ungebrochenen Dominanz der Kapitalinteressen resultierten negative Rationalisierungserfahrungen: Intensivierung und Dequalifizierung der Arbeit, Heteronomie der Arbeitserfahrung, Ausschluss von betrieblichen Entscheidungen. Unsere Forschungsfrage war: Wie wurden diese Erfahrungen von den Beschäftigten verarbeitet? Begründeten sie dezidierte Kritik an der Arbeit, am Unternehmen, am System? Wurde auf dieser Basis der Kapitalismus infrage gestellt?

Die Befunde von damals brauchen hier nicht im Einzelnen wiederholt zu werden: Wir konnten nachweisen, dass die Verbürgerlichungsthese auf jeden Fall eine vorschnelle Vereinnahmungsbehauptung war. Der Klassenkompromiss blieb durchaus brüchig, vorherrschend war eine kritische Distanz zu betrieblichen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, nicht Harmonisierung. Gleichzeitig aber kam bei uns als Ergebnis auch sehr deutlich heraus: Diese Distanz begründete keine substantielle Umwälzungsperspektive. Innerhalb der Arbeiterschaft war keine handlungsrelevante Delegitimierung des Systems zu erkennen. Kapitalismuskritik be-

zogen auf das Gesamtsystem blieb randständig. Die grundlegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse wurden von den Arbeitern nicht angezweifelt. Insofern mussten wir feststellen, dass eine unserer zentralen Fragestellungen nach gesellschaftlicher „Bewegung“ durch die Arbeiterschaft ins Leere lief. Die Suche nach dem „Subjekt“ für gesellschaftlichen Umbruch führte zu keinem positiven Ergebnis.

Die Kritik an der Bewusstseinsforschung resümierend hatte Wilke Thomssen<sup>4</sup> damals formuliert, die „Forschung sei an ihrem hohen und uneinlösbaren Anspruch bald ‚gealtert‘.“ Ich würde das anders sehen: Unsere damalige Frage „Wo hin bewegt sich die Arbeiterklasse?“ wurde durchaus beantwortet, aber eben negativ. Das heißt, es war keine (systemrelevante) Bewegung zu erkennen, keine grundlegenden Erschütterungen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erwarten. Der Anspruch war nicht zu hoch, sondern die Realität war eine andere. Der sozialstaatliche Klassenkompromiss im Kapitalismus war zwar durch negative Rationalisierungserfahrungen des praktizierten technisch-organisatorischen Wandels konterkariert, damit wurde aber der Kapitalismus insgesamt nicht infrage ge- ▶

1 Schelsky, H. (1957): Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft, Würzburg.

2 Popitz, H./Bahrtd, H.P./Jüres, E. A./Kesting, H. (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen.

3 Kern, H./Schumann, M. (1970): Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein, Frankfurt a. M.

4 Thomssen, W. (1982): Die Konstitution des Klassenbewusstseins, in: Schmidt, G. et al. (Hrsg.): Materialien zur Industriesoziologie, KZfSS Sonderheft 24, S. 313–328.

stellt. Dieses Ergebnis wurde in zwei nachfolgenden Untersuchungen mehr oder weniger bestätigt. Einerseits in der Untersuchung über die September-Streiks,<sup>5</sup> wo es um die Frage der Teilhabe am materiellen Wachstum, d.h. um Lohn-erhöhungen ging, und in einer Untersuchung der Werftindustrie,<sup>6</sup> die wir ausgewählt hatten, weil negative Rationalisierungserfahrungen dort in ganz besonderer Weise gemacht wurden. Auch in diesen Untersuchungen konnten wir kein neues, dezidiert antikapitalistisches Arbeiterbewusstsein erkennen.

Dieses Ergebnis führte in unserer weiteren Forschung zunächst dazu, die Fragerichtung grundsätzlich umzuakzentuieren: Nicht mehr das politische und gesellschaftliche Bewusstsein der mehr oder weniger als Einheit gedachten Arbeiter stand im Fokus, sondern die Wahrnehmung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den sich herausbildenden Modifikationen und Differenzierungen durch den technisch-organisatorischen Wandel. Das hieß vor allem die Untersuchung der Rezeption der betrieblichen Rationalisierung und hier der schritt- bzw. stückweise Übergang von der „tayloristischen Rationalisierung“ zu den „neuen Produktionskonzepten“, d. h. zur postfordistischen Produktionsgestaltung.

### Neue Problemkonstellationen

Ich denke, wir befinden uns heute in einer Entwicklungsphase des Kapitalismus, in der sich die Frage nach dem gesellschaftlich-politischen Bewusstsein der abhängig Beschäftigten neu stellt. Nicht mehr enggeführt als Arbeitsbewusstsein, aber auch nicht in Wiederaufnahme als Arbeiterbewusstsein. Bei aller gebotenen sozialstrukturellen Differenzierung und durch Prekarisierungsprozesse aktualisierten Spaltungsgefahr bleibt, danach zu fragen, wie die abhängig Beschäftigten in ihrer Gesamtheit die sich mittlerweile über eine längere Etappe zuspitzenden Krisenprozesse und veränderten Entwicklungspotenziale des Kapitalismus wahrnehmen. Nicht mehr nur Arbeiter, sondern alle in der Produktion ebenso wie im Dienstleistungssektor involvierten abhängig Beschäftigten sind in Augenschein zu nehmen. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass nicht mehr vor allem Männer, sondern zunehmend mehr Frauen die Gesamtheit der Beschäftigten bestimmen. Das heißt, die Fragen nach Stabilität oder Erosion der „Mittelklassen“, also jenen Reproduktions- und Lebenssituationen, die in den vergangenen Jahrzehnten einen Aufstieg ihrer sozialen Position erfahren hatten

und mit höchst unterschiedlichen Rationalisierungsprozessen konfrontiert waren, sind neu gestellt. Dabei wird zudem zu unterscheiden sein, welche Realerfahrungen mit Arbeitsverschlechterungen und Versorgungseinschränkungen ins Spiel gebracht werden und wo die Frage nach dem „was wird sein“ heute schon die Wahrnehmungen sorgenvoll bestimmt. Das sind Verunsicherungen, die sich vor allem aus Zukunftsängsten ergeben, geprägt durch die zurückliegenden Krisenerfahrungen.

Wolfgang Streeck<sup>7</sup> hat zum aktuellen Krisenszenario eine höchst aufschlussreiche Zeitdiagnose vorgelegt. Wichtig und richtig ist sein Befund, dass der Kapitalismus aus der sozialstaatlichen Einhegung ausgebrochen ist und damit die Grundlagen seiner eigenen Reproduktion unterhöhlt. Das finanzmarktkapitalistische Programm scheiterte immer häufiger daran, aus Geld mehr Geld zu machen. Es erinnert damit an die früheren Versuche der Alchimisten, aus Nichts („Mist“) Gold zu machen. Der Befund, dass das von Beginn an fragile Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie auseinanderbricht, ist seit Längerem Gegenstand der sozial- und politikwissenschaftlichen Debatte. Mich erstaunt freilich, warum Streeck bei seiner These vom Ende des Kapitalismus darauf verzichtet, den zu erwartenden gesellschaftlich-politischen Prozess der Auflösung in seine Analyse mit einzubeziehen. Damit geht er nicht nur en passant über die anstehenden Verluste der Finanz-, Wirtschafts- und Machteliten hinweg. Schließlich haben sie die Billionen-Werte abzuschreiben. Ist in einer solchen anomischen Situation nicht heftiger „Klassenkampf von oben“ zu erwarten? In unserem Zusammenhang interessiert aber vor allem die andere Seite des sozialen Antagonismus, d. h. das zu erwartende Verhalten der abhängig Beschäftigten. Hier begegnen wir bei Streeck zumindest implizit der Wiederaufnahme der „Integrations-These“. Politisch relevantes Widerspruchspotenzial wird weder von den abhängig Beschäftigten noch von ihren Organisationen erwartet.

Dieser Einschätzung widersprechen die neuen, in diesem Heft diskutierten Ansätze und Untersuchungen. Umgekehrt lautet der Befund: Verletzung von Gerechtigkeitsansprüchen werden zuhauf wahrgenommen und kritisch thematisiert. Es gibt viele Belege für weitere Ausdifferenzierungen und Einheitsverluste, für Fragmentierungen, Individualisierungen, Parallelwelten. Gleichzeitig ist aber auch eine neue Tendenz zur Entdifferenzierung und Vereinheitlichung zu beobachten. Ich habe den Eindruck, dass dies selbst innerhalb

des Zonenmodells von Robert Castel<sup>8</sup> zwischen den Zonen „der Integrierten“, „der Verwundbaren“, „der Exkludierten“ erkennbar ist. Zentrale Stichworte aus den hier diskutierten Studien sind: wachsende Arbeitsbelastungen, Intensivierung, Arbeitsleid, Gesundheitsgefährdungen eines pathologischen Systems, zunehmende Gerechtigkeitslücken, Zersetzung sozialer Beziehungen – „so kann es eigentlich nicht weitergehen“ als verallgemeinerte Sicht; persönliche und gesellschaftliche Verunsicherungen, nicht immer Resultat von Realerfahrungen, sondern als skeptische Erwartungshaltung mit Blick auf die Zukunft.

Generell kann gesagt werden, dass sich das Unbehagen über soziale Spaltungsprozesse, globale Ungerechtigkeit, über verselbstständigte Eliten und vermeintliche politische Machtlosigkeit deutlich ausgeweitet hat. Die Aufkündigung des alten Klassenkompromisses ist bei vielen angekommen. Sie steht für ein Mehr an Ungleichheiten, Unsicherheiten, sozialen, wirtschaftlichen und selbst ökologischen Rückschritten. Das heißt, wichtige System-Legitimitäten brechen ein. Dies bündelt sich darin, dass der Kapitalismus seine Fortschrittsversprechen nicht einlöst. Selbst die früher so wichtige Hoffnung: „Wenn es mir schon nicht gut geht, meine Kinder werden es einmal besser haben“, geht als Erwartung an das System verloren. Gegenüber den 1950er bis 1970er Jahren ist also ein Bewusstseinswandel in der gesellschaftlich politischen Wahrnehmung evident. Er betrifft gleichermaßen traditionelle Industriearbeitergruppen wie Dienstleistungsbeschäftigte aus unterschiedlichen Sektoren. Insofern gilt er tendenziell für größer werdende Teile der „abhängig Beschäftigten“ insgesamt.

Dennoch lautet der Befund auch der jüngsten SOFI/ISF-Untersuchung:<sup>9</sup> brüchige Legitimationen, aber kaum Legitimationskonflikte und sich

5 Schumann, M./Gerlach, F./Gschlößl, A./Milhoffer, P. (1971): Am Beispiel der Septemberstreiks – Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?, Frankfurt a. M.

6 Schumann, M./Einemann, E./Siebel-Rebell, Ch./Wittmann, K.P. (1982): Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft, Frankfurt a. M.

7 Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.

8 Castel, R. (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.

darin positionierende, die sozialen Auseinandersetzungen vorantreibende Akteure. Allenfalls auf einzelne Gruppen begrenzte relevante Widerständigkeit, aber keine Bündelung von Systemkritik.

### Perspektivenwechsel: Wachsende Attraktivität rechtspopulistischer Lösungen

Dennoch dürfen substanzielle Veränderungen nicht übersehen werden. Sie werden freilich nicht von progressiven systemkritischen, sondern von regressiven Konzepten bestimmt. Offenkundig gelingt es rechtspopulistischen Organisationen von Pegida bis AfD, die soziale Frage aus dem Kontext einer Fortschrittsperspektive herauszulösen, neu in die nationale Frage einzubetten und die Verteilungskämpfe zwischen Oben und Unten in Konflikte zwischen Innen und Außen zu reinterpreten – dabei aber durchaus im Habitus des gesellschaftlich unterdrückten zu kurz kommenden „Unten“. Ausgangspunkt auch der populistischen Rechten ist die massive Verletzung der Ansprüche einer an sozialer Gerechtigkeit orientierten Gesellschaftsentwicklung. Hier findet sich, wie Klaus Dörre<sup>10</sup> es mit eigener Empirie unterlegt, der Humusboden nach rechts gewendeter Unzufriedenheit und damit das Potenzial für eine „Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes.“ Denjenigen, die sich ihr zuordnen, geht es um Schutz und Statuserhalt in bedrängter und bedrohter sozialer Position. Sie sind es in besonderer Weise, für die der Kapitalismus kein Fortschrittsversprechen mehr generiert und für deren Kinder erst einmal nur die Zonen der Nicht-Integrierten oder Verwundbaren offen stehen. Hier schlägt Solidarität in eine ausgrenzende Kollektividentität um, die Verteidigung des Status in einem System entfremdeter Lohnarbeit in ethnische Ausgrenzung.

Schnittstelle der Umkodierung ist die Neukodierung des Ressentiments. Möglicherweise ist dies über längere Zeit verkannt worden in soziologischen Zeitdiagnosen, in denen die Entwicklung des Kapitalismus als Prozess der Individualisierung und Subjektivierung beschrieben wurde, sei es affirmativ im Sinne systemförderlicher Wettbewerbsorientierung, sei es kritisch im Sinne fortschreitender Fragmentierung und Vereinzelung. In ihren Individualisierungsdiskursen haben die Sozialwissenschaften nicht immer bedacht, dass „Entkollektivierung selbst [...] eine kollektive Situation“ (Castell, a. a. O., S. 66)

ist, eine kollektive „Frustration, die nach Schuldigen und Sündenböcken sucht“ (ebd. S. 68), kurzum „eine soziale Reaktion auf soziales Leid“ (ebd. S. 73).

Wichtig ist, eine weitere Dimension einzubringen, die auch nicht mit dem Individualisierungsparadigma einzufangen ist. François Dubet nennt es das „Gefühl, alleingelassen worden zu sein.“<sup>11</sup> In der neoliberalen Epoche, die Margret Thatcher mit dem programmatischen Satz eröffnete hatte, sie kenne keine Gesellschaft, nur Individuen, wurden die Beschäftigten nicht nur ihrer sozialen Einbettung als Klasse der Lohnabhängigen beraubt, ihnen wurden auch ihre kollektiven Handlungsmöglichkeiten abgesprochen. Didier Eribon<sup>12</sup> beschreibt dies als politischen Prozess der Entkopplung von eigenen Machtressourcen, „indem man die strukturierende Annahme eines sozialen Konflikts, in dem die Linke die Forderungen der Arbeiter vertritt, fallenließ.“

### Ein Erklärungsversuch

Die Arbeiterbewegung hat mit dem Prozess der Entkopplung von ihren eigenen Machtressourcen und mit ihrer auf Systemstabilisierung setzenden Reformpolitik Freiräume geschaffen für rechte Politik. Sie zahlt damit für die Aufgabe ihrer großen Erzählung von einer alle Menschen als Gleiche einschließenden Gesellschaft, d. h. mit dem Verzicht ihrer Utopie eines von repressiven Zwängen befreiten humanen Lebens. Als politisch machbares System gilt der Sozialismus als gescheitert. Aber ohne die Idee einer für alle Menschen gestalteten humanen Welt, d. h. ohne Alternativkonzept, verliert jede linke Politik ihre Ausstrahlung und wirkt allzu leicht als nur noch kleinmütig. Sie wird Teil jener Entfremdung, die gegenüber dem gesamten politischen System zu erkennen ist. Ähnlich wie der Staat insgesamt erscheinen auch die Institutionen der Arbeiterbewegung vereinnahmt zu sein für den Erhalt von Systeminteressen. Gegenüber dem Kapital wird keine eigenständige, durchsetzungsfähige Politik erwartet.

Diese Situation öffnet Handlungsspielräume für die Rechte. Sie bietet ihre eigene „Heilung“ versprechende Ideologie. Sie verzichtet auf Lösungsangebote für die realen Probleme und setzt ganz auf politische Vereinnahmung. Kennzeichnend ist die rassistisch begründete Exklusion. Die politischen Stichworte des proklamierten Nationalismus sind Konzentration auf die verengte eigene Identität, Abschottung gegen die anderen, Abwehr von allem Fremden, Durchsetzung der eigenen Interessen – notfalls mit Gewalt. Die Globalisierung der Wirtschaft und Internationalisie-

rung der Politik verrät in ihrem Denken nationale Interessen. Modernisierungsverlierer sehen sich in ihren Arbeits- und Beschäftigteninteressen unmittelbar bedroht. Die damit angesprochene Systemkritik wird aufgegriffen und für reaktionäre Lösungswege instrumentalisiert. Die Vorbehalte gegen den gesellschaftlich-kulturellen Modernisierungsschub, der sich vor allem durch die 68er-Bewegung durchsetzen konnte (aber offenkundig weniger breit und stabil als angenommen in der Gesamtbevölkerung verankert ist), werden mobilisiert und als Ressentiment gegen die herrschende Politik gerichtet.

Auch der aktuelle Zustand der Arbeiterbewegung erklärt zumindest ein Stück weit, warum dies Erstarken der Rechten politisch so bedrohlich geworden ist. Modernisierungsverlierer gab es auch in früheren Phasen der bundesrepublikanischen Entwicklung. Rassismus bildete dauerhaft den negativen Humusboden der Gesellschaft. Aber die NPD und die Republikaner blieben marginale Zeiterscheinungen. Mit dem Auftreten der AfD vollzieht sich für Deutschland eine vielerorts erkennbare Rückkehr der Nation als zentrale Handlungseinheit in schärfster, aggressivster ethnozentristischer Verengung.

In diesem Zusammenhang bringt die aktuelle Flüchtlingsthematik für die Rechte eine mobilisierbare Problemverschärfung. Abwehr der Neuen gleichermaßen als Fremde wie als Konkurrenten. Aber wir sollten uns nicht täuschen: Auch für die nicht nationalistisch Affizierten werden die eigenen Arbeits- und Beschäftigungsprobleme durch die Migrationserfahrungen und den damit geöffneten Blick über den Tellerrand Europas relativiert. Man erfährt, dass es an vielen Orten noch viel, viel schlechter zugeht. Das Elend der Migranten und die Einsicht in die Fluchtursachen führt das tagtäglich vor Augen. Die Klage über die eigene Misere wird damit nicht auf- ▶

9 Kratzer, N./Menz, W./Tullius, K./Wolf, H. (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb, Baden-Baden.

10 Dörre, K. (2016): Grenzen der Landnahme: Der Kapitalismus stirbt nicht von allein, doch wir können ihn überwinden, in: Tauss, A. (Hrsg.): Sozial-ökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken, Hamburg.

11 Dubet, F. (2016): Bewegte Mitte Verteilungskämpfe à la française, Süddeutsche Zeitung 5. Juli 2016, S. 9.

12 Eribon, D. (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin, S. 125f.

gehoben. Aber sie verliert moralisch an Gewicht in diesem Bewusstsein des Elends andernorts. Der Widerspruch zwischen den in der aktuellen Umfrageforschung ermittelten hohen Zufriedenheitsquoten bezogen auf die Wirtschaftslage zu den in den referierten Studien vorgelegten Ergebnissen einer eher kritischen Einschätzung der Arbeitskonditionen dürfte sich auch aus dem im Nebeneinander der Erfahrungen angelegten Perspektivwechsel erklären.

## Perspektiven

Diese Situation zu konstatieren heißt zunächst, dass unterhalb der Systemebene keineswegs Friedhofsruhe herrscht. Das haben die neuen Befunde deutlich gezeigt. Und es gibt Möglichkeiten der Aktivierung auf der Basis partieller Unruhen. Die Begründungen dafür machen auch deutlich, dass die regressiven nationalistischen Politikangebote nicht widerspruchsfrei aufsitzen und bezogen auf die Arbeits- und Beschäftigungsprobleme eine Leerstelle bleiben und keine Deutungsangebote zu bieten haben. Als Ergebnis der Studien ist aber durchaus festzuhalten: der Nahbereich ist im gesellschaftlich-politischen Selbstverständnis stark besetzt. Selbstverwirklichungs- und Beteiligungs-

ansprüche werden nicht aufgegeben, sondern forciert ins Feld geführt; positiver Bezug auf mehr selbstbestimmtes Leben ist zu erkennen; Kritik an Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ist vorhanden. Das eröffnet Spielräume für progressive Politik, der es ernsthaft um gesellschaftliche Verbesserungen geht.

Ich möchte mich bei diesen abschließenden Überlegungen auf die Arbeitswelt beschränken: Ansatzpunkte für aktive Interessenvertretung in neuer Komposition sind zu erkennen. Eigene Kompetenzen, arbeits- und lebensinhaltliche Ansprüche können durchaus genutzt werden, und zwar in beiden Ebenen der Vertretung. In der individuellen Selbstvertretung direkter Partizipation, die es neu auszubauen gilt gegenüber der traditionellen Vertretung, aber eben auch in Stärkung der traditionellen kollektiven Vertretung. Auf beiden Ebenen bleibt solidarisches Handeln aktivierbar. Hier ist durchaus ein Rütteln an den Machtverhältnissen in den Unternehmen möglich als Einstieg in die Demokratisierung der betrieblichen Verhältnisse. Es gilt, die Ansprüche an mehr Leistungsgerechtigkeit und Selbstverwirklichung zu kombinieren und in Anschlag zu bringen. Dies könnte dann auch ein Ansatzpunkt sein für eine Zusammenführung von mehr Selbstver-

tretung und traditionellen kollektiven Vertretungsstrukturen.

Gerade im arbeitsweltlichen Nahbereich gilt es, kollektive Handlungsfähigkeit nicht nur im Kerngeschäft gewerkschaftlicher Lohnpolitik, sondern in Bezug auf Wiedereindämmung von sozialer Ungerechtigkeit und Spaltung zu rekonstruieren. Es geht dabei um die Wiederaneignung der Politik. Damit wäre die Perspektive eröffnet für emanzipatorisches Handlungspotenzial und für einen politischen Pfad in eine solidarische Gesellschaft. Allemal könnte dadurch aber Widerstandspotenzial gestärkt werden gegen die politische Rechte, soweit sie die Kapitalismuskrisis in ihrem Interesse zu nutzen sucht. ■

## AUTOR

**MICHAEL SCHUMANN**, Prof. Dr., ist Senior Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Industriesoziologie.

📧 [michael.schumann@sofi.uni-goettingen.de](mailto:michael.schumann@sofi.uni-goettingen.de)